

Fragen des dbb brandenburg:

1. Das Land Brandenburg ist im bundesdeutschen Besoldungsranking immer noch auf einem der hinteren Plätze.
Bis wann soll der Anschluss an den Bund erreicht werden und wie stehen Sie zu der Wiedereinführung einer bundeseinheitlichen Besoldung?
2. Immer noch legen viele Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger Widerspruch gegen die Besoldung bzw. Pension ein, da sie das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der Besoldung und Pension verloren haben. Dies führt zu einer unnötigen Belastung der Bezügestelle und der Verwaltungsgerichte.
Gibt es Ihrerseits Vorstellungen wie Sie das Vertrauen der Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger wiedergewinnen wollen und wie die Prozessflut reduziert werden könnte?
3. Im Besoldungsbereich wurden die Verschlechterungen der gesetzlichen Rentenversicherung, zum Beispiel Anhebung der Altersgrenze, wirkungsgleich auf die Beamten übertragen. Aber Leistungsverbesserungen, zum Beispiel die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Dienstjahren nicht übernommen.
Wann wollen Sie diese Ungerechtigkeitslücke schließen?
4. Es wird viel über die Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Brandenburg gesprochen.
Welche Maßnahmen planen Sie, um die Attraktivität weiter zu erhöhen und eine Abwanderung zum Bund und in andere Bundesländer zu verhindern?
5. Wie stehen Sie zum Vorhaben im Tarifbereich wieder gemeinsam (Bund, Länder und Kommunen) zu verhandeln?
Wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie versuchen dieses Vorhaben umzusetzen?
6. Wie wollen Sie die Nachwuchsgewinnung für den öffentlichen Dienst verbessern?
7. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass die Arbeit im öffentlichen Dienst flexibler und familienfreundlicher wird?

Antworten BVB / Freie Wähler:

1. Der Wettbewerb um qualifizierte Beamtinnen und Beamten wird bereits seit langem auch über die Höhe der Besoldung geführt. Die in Brandenburg relativ niedrige Besoldung führte und führt dazu, dass das Land Brandenburg in diesem Wettbewerb kaum bestehen kann. Wir als BVB/Freie Wähler setzen uns dafür ein, die Besoldung schrittweise an gewogene Durchschnittsniveaus der Bundesländer heranzuführen. Dieses Ziel soll bis zum Ende der Legislaturperiode erreicht werden. Die Wiedereinführung einer bundeseinheitlichen Besoldung lehnen wir hingegen als zu starken Eingriff in die Autonomie der Bundesländer, die diese im Zuge der Förderalismusreform I erhalten haben, ab.

2. Die hohe Zahl von Widersprüchen gegen die Besoldung bzw. die Pension ist zu allererst Ausdruck des zu niedrigen Besoldungsniveaus in Brandenburg. Die Beamtinnen und Beamten empfinden verständlicherweise eine Geringschätzung ihrer Arbeit für das Gemeinwesen. Daher setzen wir auf entscheidende Schritte hin zu einer Besoldung auf dem gewogenen Durchschnittsniveau der Bundesländer. Zudem braucht es eine Stärkung des Mediationsverfahrens, um die Prozessflut zu verringern und die Bezügstellen bzw. Verwaltungsgerichte zu entlasten.
3. Wir halten die Einführung einer abschlagsfreien Rente mit 63 Jahren, die seit dem 1.1.2014 gilt, für einen großen Fehler. Wer die bereits heute eklatanten Probleme bei der Besetzung offener Stellen in vielen Bereichen sowie die demografischen Entwicklungen in unserem Land sieht, der kann nicht ernsthaft eine Absenkung des abschlagsfreien Renteneintrittsalters für richtig halten. Die heutige Ungerechtigkeitslücke zwischen Angestellten und Beamten bei diesem Thema sollte allerdings schnellstmöglich behoben werden.
4. Die wichtigste Maßnahme ist aus unserer Sicht, das Besoldungsniveau an den gewogenen Durchschnitt der Bundesländer heranzuführen. Daneben zeigen uns viele Rückmeldungen, dass eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die den Namen verdient, für Beamtinnen und Beamten in der Praxis oftmals nur schwer möglich ist. So ist beispielsweise eine Teilzeitbeschäftigung von Beamtinnen und Beamten nach wie vor eine Barriere für die Karriereentwicklung.
5. Wir sehen hier derzeit keinen zwingenden Grund, im Tarifgebiet gemeinsame Verhandlungen zu führen, stehen diesem Ansinnen jedoch auch nicht ablehnend gegenüber.
6. Der öffentliche Dienst hat im Zuge der zunehmenden Knappheit an qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegenüber der Privatwirtschaft einen steigenden Wettbewerbsnachteil. Dieser ist bereits heute deutlich zu spüren. Neben der finanziellen Komponente, wo Verbesserungen dringend notwendig sind, sehen wir bei der Nachwuchsgewinnung vor allem die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine uneingeschränkte Übernahmegarantie und eine Stärkung der Mitbestimmung bei der Festlegung des Arbeitsortes an.
7. Für uns als BVB/Freie Wähler ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im öffentlichen Dienst ein zentrales Anliegen. Flexible Arbeitszeiten sind hierfür eine wichtige Voraussetzung. Zudem muss endlich die de facto Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten überwunden werden. Ferner sehen wir in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes immer noch zu lange Kernarbeitszeiten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unnötig erschweren. Nach wie vor ist die Weiterführung in Teilzeit nur schwer möglich. Für die Karriereentwicklung stellen sich Phasen der Teilzeitbeschäftigung in der Praxis als Hindernis dar. Hier braucht es einen Bewusstseinswandel auf allen Ebenen der Gesellschaft.